Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 171 (2005)

Heft: 7-8

Artikel: Willkürlich verursachte Krise der Milizarmee und damit der Glaubwürdigkeit der schweizerischen Sicherheitspolitik

Autor: Brunner, Dominique

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-69851

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willkürlich verursachte Krise der Milizarmee und damit der Glaubwürdigkeit der schweizerischen Sicherheitspolitik

Wie Goethe sagte: Bedeutende Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Das trifft auf erfreuliche wie unerfreuliche Begebenheiten zu, meist aber prägen sich die unliebsamen Entwicklungen eher ein. Hier ist die Rede von der schrittweisen Liquidierung der schweizerischen militärischen Selbstbehauptungsfähigkeit. Der Schreibende hat diese – wohl untermauerte – These seit einiger Zeit verfochten, nicht zuletzt in diesen Spalten im letzten November.

Anlass zu diesem Alarmruf waren das Verhalten der Landesregierung gegenüber der Armee, die fortgesetzt finanziell – seit 1991 – ausgehungert wurde, sich verschärfende Anzeichen von Hilflosigkeit der politischen und militärischen Führung der Armee angesichts dieses Druckes und eben die Gleichgültigkeit zumindest erheblicher Teile des Parlaments gegenüber dem Schicksal des, nach geschichtlicher Erfahrung, in jedem Fall bedeutsamen Instruments der Armee.

Professor Max Imboden schrieb: «Das Erzeugen eines jeden Gegensatzes bedeutet erhöhte Bewusstseinsmöglichkeit.» Die Probe aufs Exempel soll der eklatante Gegensatz liefern, der zwischen dem an der Urne seit den frühen 90er-Jahren geäusserten Willen des Souveräns und dem Gebaren der vorgenannten Instanzen besteht, das de facto von Geringschätzung eben dieses Willens der höchsten Autorität zeugt. 1993 hiessen Volk und Stände die Beschaffung der Kampfflugzeuge F/A-18 klar gut, indem sie die linke Initiative gegen diese Beschaffung ablehnten. 1997 verwarf der Souverän die wiederum linke Initiative für ein Kriegsmaterialexportverbot wuchtig, mehr als 77% Nein, Nein aller Stände. Im Jahre 2000 wurde die Linke zum soundsovielten Male aufs Haupt geschlagen, als Volk und Stände ihre Initiative auf Halbierung der Militärausgaben deutlich bachab schickten. Dasselbe Schicksal ereilte die Pazifisten 2001, als sie den Souverän mit einer Neuauflage ihrer naiv-pubertären Armeeabschaffungsidee provozierten. Pro Memoria: Die Sozialisten empfahlen Stimmfreigabe, das «Politbureau» der Partei hatte auf Zustimmung plädiert ... Und schliesslich stimmte der Souverän im Mai 2003 mit verpflichtender Geschlossenheit der Revision des Militärgesetzes, d. h. der Armee XXI, zu.

In – unentschuldbarem – Gegensatz zu diesem mehrfach bewiesenen Volkswillen haben der Bundesrat und die Parteienkoalition des kleinsten gemeinsamen Nenners, die sich euphemistisch als Konkordanzsystem bezeichnet, die Armee durch nicht enden wollenden Entzug der finanziellen Ressourcen sowie durch zwei grundlegende Reorganisationen entscheidend geschwächt, mit der gescheiterten Armee 95 (einige haben es früh vorausgesagt!) und der nunmehr drohenden Zerschlagung der mit Pomp aus der Taufe gehobenen Armee XXI.

Doch zurück zur Begründung des einleitenden Zitates des Weimarer Dichterfürsten, wonach bedeutende Ereignisse ihre Schatten vorauswerfen. Im Jahr 2004, kaum war die Umsetzungsphase der Armee XXI angebrochen, häuften sich etwa gleichzeitig ominöse Hinweise, dass die Einberufung und Organisation der neu konzipierten, richtigerweise verlängerten Grundschulung unter Anfangsschwierigkeiten litten und dass anderseits wenig bedachte, oder prophetische?, Spekulationen angestellt wurden, wonach die Aufträge der Armee XXI, kaum bekannt gegeben, bald Änderungen erfahren könnten. Der Vorgang gipfelte in der von Bundesrat Schmid im Sommer letzten Jahres unvermittelt vom Zaun gebrochenen Diskussion über die allgemeine Wehrpflicht, die folgerichtig zum Auftrag des Bundesrates führte, das Schwergewicht der Aufgaben der Armee zu überprüfen in Richtung auf so genannte «Friedensförderung» und so genannte «subsidiäre Einsätze». Am 11. Mai 2005 segnete der Bundesrat, vom einzigen Wunsch erfüllt, es namentlich der Linken sowie einigen, strategisch unbedarften Bürgerlichen recht zu machen, die effektive Neuorientierung der Armee ab, deren einzige Begründung die ist, zu Lasten der Verteidigungsfähigkeit weiter zu sparen. Nur kurz zum Ausmass der Kürzungen der Militärausgaben seit 1990: Von 1990 bis 2001 hat die Verteidigung zwei volle Jahresbudgets eingespart. «Der Bereich Verteidigung hat seit 1998 gegenüber ursprünglichen Planungen insgesamt rund 2,8 Milliarden weniger zur Verfügung» (EFD 2004). Die Reduktion auf vier Panzerbataillone, vier Artillerieabteilungen und sieben Infanterietruppenkörper als kampffähige Truppen, wie soeben beschlossen, ist zutiefst verantwortungslos, vor allem wenn man bedenkt, dass die «Reserve», die die «Aufwuchsfähigkeit» im Bedarfsfall sicherzustellen hätte, zum Kanonenfutter degradiert zu werden droht. Soldaten ohne schwere Waffen oder mit veraltetem Material, nur mit der persönlichen Waffe ausgerüstet ... Man fühlt sich an den tapferen russischen General Brussilow erinnert, der in der Not 1916 befahl, die Infanterie mit Beilen zu bewaffnen!

Und was mühelos vorauszusehen war: Die SPS, die regelmässig vom Volk in die Schranken gewiesen wird, wenn sie sich an der Armee vergreifen will, wärmt unverdrossen alte, undiskutable Rezepte auf. Am 8. Dezember 2001, sechs Tage nach der massiven Verwerfung der erneuten Abschaffungsinitiative, beschlossen die SP-Delegierten ein Armeekonzept, das wie die Faust aufs Auge zum eben erwähnten Volksentscheid passte: Abschaffung der Wehrpflicht, 15000 Freiwillige und eine nicht näher definierte «Reserve». Das haben die Genossen/-innen – Hm! – wieder ausgegraben, mit kleineren Retuschen: total 50000 Mann/Frau, 12000 Berufs- und Zeitsoldaten, 38000 Freiwillige. Das kostete, gemäss Nationalrätin Haering, die schon 1989 für die Armeeabschaffung weibelte, (die bis an die Zähne bewaffnete Sowjetunion gab es noch,) nicht ganz 2,5 Milliarden.

Die persönliche Verantwortung für diese verhängnisvolle Entwicklung trägt zunächst der politische Chef des VBS, das bundesrätliche Gremium, die bürgerlichen Parteien – man vergesse nicht, dass ein vorübergehender FDP-Präsident die Kabale anzettelte, die zum Scheitern des Rüstungsprogramms 2004 führte. Und auch die Armeespitze muss sich die Frage gefallen lassen, ob sie durch ihre Langmut nicht Verantwortung übernimmt. Wenn man als Sachverständiger die Verantwortung nicht mehr tragen kann, tritt man zurück und erwirbt sich die Achtung der ernst zu nehmenden Zeitgenossen.

Dominique Brunner, Oberst i Gst a D,
ehemaliger Kdt Inf Rgt 22,
Chef eines Asst, 8700 Küsnacht

ASMZ Nr. 9, September 2005
Luftwaffe im Mittelpunkt

Mit der ASMZ erreichen Sie
22959 Führungskräfte!

Inserateschluss für die
September-Ausgabe
ist am 10. August

ASMZ Inserate
Huber & Co. AG
8501 Frauenfeld
Telefon 052 723 56 65
Telefax 052 723 56 77
E-Mail: w.straub@huber.ch